



Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 5 September 2011

www.europa.bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Finanzen.....	2
Klagen gegen Euro-Rettung abgewiesen	2
Beschäftigung, Bildung und Soziales	2
Übersetzungswettbewerb „Juvenes Translatores 2011“	2
EU-Finanzmittel-Broschüre zur Förderung des aktiven Alterns	3
Europäische Kommission legt „Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ vor	3
Die Unterstützung über den EGF ist 2010 auf das Dreifache gestiegen	6
Veranstaltung der Kommission zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“	6
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung	7
FP7 Monitoring-Report 2010	7
Der Europäische Forschungsrat (ERC) - Generalsekretär benannt	8
Umwelt und Energie	9
Eine Bilanz - Was hat das sechste Umweltaktionsprogramm gebracht?	9
SMART-CITIES-Initiative gestartet.....	9
Richtlinie über radioaktive Abfälle verabschiedet.....	10
Informationsgesellschaft, Medien und Kultur	11
Anhörung zum Europäischen Jugendportal.....	11
Ausschuss der Regionen.....	11
OPEN DAYS 2011	11
Bremen und Europa	12
Redaktion	13

Finanzen

Klagen gegen Euro-Rettung abgewiesen

Deutschland darf sich laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts an den Griechenland-Hilfen und dem Euro-Rettungsschirm EFSF beteiligen. Die Richter wiesen damit die Verfassungsbeschwerden gegen die Gesetze zum ersten Rettungspaket für Griechenland und zum ursprünglichen Rettungsschirm für pleitebedrohte Euro-Länder im Kern ab. Die Richter räumten dem Bundestag aber mehr Mitspracherechte bei den Rettungsmaßnahmen ein. Es genüge nicht, dass die Bundesregierung vor der Übernahme konkreter Garantien im Rahmen des Rettungspakets nur Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuss des Bundestages herstellen müsse. Vielmehr sei die ausdrückliche Zustimmung des Haushaltsausschusses erforderlich.

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler und die anderen Kläger sahen in den 2010 beschlossenen Hilfen einen Verstoß gegen den EU-Vertrag. Sie warfen der Bundesregierung zugleich einen Verfassungsbruch vor. Zudem argumentierten sie, dass das Haushaltsrecht des Bundestages wegen der hohen Garantiesummen für pleitebedrohte Euro-Länder ausgehöhlt werde. Das Parlament sei bei der Rettung Griechenlands übergangen worden. Mit dem Rettungsschirm EFSF verwandle sich die Europäische Union in eine Haftungs- und Transferunion, argumentierten sie in der mündlichen Verhandlung des Gerichts im Juli.

Der Zweite Senat des Verfassungsgerichts hatte sich von den ursprünglich über 50 Verfassungsbeschwerden gegen Finanzhilfen und den Euro-Rettungsschirm EFSF sechs Beschwerden als Pilotverfahren ausgewählt.

Weitere Informationen im Dossier von tagesschau.de:

<http://www.tagesschau.de/wirtschaft/verfassungsgericht122.html>

Das Urteil des BVerfG finden Sie hier:

http://www.bverfg.de/entscheidungen/rs20110907_2bvr098710.html

Beschäftigung, Bildung und Soziales

Übersetzungswettbewerb „Jvenes Translatores 2011“

Die Generaldirektion Übersetzung (DGT) der Europäischen Kommission veranstaltet einen Übersetzungswettbewerb für **Schulen** in der EU. Ziel des Wettbewerbs ist es, die Mehrsprachigkeit, das Lernen von Sprachen und den Übersetzerberuf zu fördern.

Schulen, die an einer Teilnahme am Wettbewerb interessiert sind, müssen:

- in einem Mitgliedstaat liegen,
- von den Bildungsbehörden eines oder mehrerer Mitgliedstaaten anerkannt sein;
- bis zu fünf Schüler/-innen des Geburtsjahrgangs 1994 auswählen;

- über einen Internet-Zugang verfügen und
- über Computer verfügen, mit denen PDF-Dateien geöffnet und ausgedruckt werden können (die Wettbewerbstexte und die Deckblätter werden in diesem Format versendet).

Die Anmeldung kann im Zeitraum vom **1. September bis zum 20. Oktober 2011** auf der Website des Wettbewerbs erfolgen.

Weitere Informationen finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/translatadores/index_de.htm

EU-Finanzmittel-Broschüre zur Förderung des aktiven Alterns

Der Ausschuss der Regionen, die Europäische Plattform für ältere Menschen (AGE) und die Europäische Kommission haben am 17. August 2011 eine Broschüre herausgegeben, die mögliche EU-Förderungen für regionale und lokale Initiativen vorstellt, um das aktive Altern sowie die Solidarität zwischen den Generationen zu unterstützen. Die Broschüre leistet damit einen fördernden Beitrag zum Europäischen Jahr 2012, das unter dem Motto „aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ steht.

Die meisten Initiativen, die bis 2012 und darüber hinaus das aktive Altern fördern, werden ohne finanzielle Unterstützung durch die EU durchgeführt. Bei einigen Initiativen spielen EU-Mittel jedoch eine Rolle. In der Broschüre wird beschrieben, welche Fördermöglichkeiten zur Verfügung stehen. Dabei werden Partnerschaftsprojekte zwischen mehreren Ländern bevorzugt. Die Broschüre enthält außerdem Beispielprojekte, die mit EU-Mitteln finanziert werden. Sie umfasst auch kurze Präsentationen der wichtigsten EU-Förderprogramme, damit neue Projekte zum aktiven Altern unterstützt werden können.

Link zur Broschüre (englisch):

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1065&furtherNews=yes>

Europäische Kommission legt „Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ vor

Die Europäische Kommission hat am 20. Juli 2011 die Mitteilung „Europäische Agenda für die Integration von Drittstaatsangehörigen“ (KOM 2011, 455) vorgelegt.

In der Mitteilung wird Integration als kollektive Aufgabe definiert, an der alle Ebenen und die unterschiedlichsten Akteure mitwirken müssen. Dabei liegt die Integration in der Kernkompetenz der Mitgliedstaaten. Die EU kann jedoch einen Rahmen für Monitoring, Vergleich und Austausch bewährter Praktiken bieten und durch europäische Finanzierungsinstrumente Anreize schaffen.

Die Mitteilung zielt auf eine bessere Nutzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Chancen und Vorteile der Migration ab. Zentrales Thema ist die volle Einbeziehung der Zuwanderer in alle Aspekte des Zusammenlebens, wobei die Rolle der lokalen Ebenen besonders hervorgehoben wird.

Grundlage für die Zusammenarbeit der EU im Bereich Integration sind die in 2004 verabschiedeten gemeinsamen Grundprinzipien für die Integrationspolitik. Die Maßnahmen der 2005 vorgestellten Gemeinsamen Agenda für Integration wurden 2010 abgeschlossen. Seit Dezember 2009 erlaubt der Vertrag von Lissabon ein weitergehendes konzertiertes Vorgehen, wobei eine Harmonisierung jedoch ausgeschlossen ist. Die Mitteilung nimmt ferner Bezug zur Strategie Europa 2020 und zum Stockholmer Programm. Die gute Steuerung der Zuwanderung soll als Wettbewerbsvorteil für die Wirtschaft genutzt werden. Vielfalt wird als etwas Positives begriffen und es werden verlässliche Garantien für Grundrechte und Gleichbehandlung postuliert.

Hintergrund:

Zuwanderer aus Drittländern machen rund 4 % der gesamten EU-Bevölkerung aus. Aufgrund des demographischen Wandels geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) bis 2060 um 50 Millionen zurück. Eine gesteuerte Migration kann den hierdurch zu erwartenden Arbeits- und Fachkräftemangel abmildern. Wichtig ist eine erfolgreiche und umfassende Integration, um z. B. das Ziel der Anhebung der Beschäftigungsquote auf 75 % und eine Verringerung der Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen zu erreichen. Die dringlichsten Herausforderungen bestehen in:

- der anhaltend niedrigen Beschäftigungsquote der Migranten, besonders der Frauen unter ihnen,
- der steigenden Arbeitslosigkeit und der hohen Überqualifizierungsrate,
- dem zunehmenden Risiko der sozialen Ausgrenzung,
- dem Bildungsrückstand sowie
- den Bedenken der Öffentlichkeit wegen der mangelnden Integration von MigrantInnen.

Da sich die Entwicklungen in den Regionen sehr unterscheiden, sind allerdings auf die jeweilige lokale Situation zugeschnittene Lösungen erforderlich.

Inhaltliche Schwerpunkte:

Die vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich auf drei Schwerpunktbereiche:

A. Integration durch Partizipation

Es sollen Maßnahmen zur besseren Integration der MigrantInnen in das lokale Umfeld gefördert werden. Dies umfasst u. a. Maßnahmen zum Erlernen der Landessprache und die Organisation von Einführungsprogrammen für Neuzuwanderer, Maßnahmen zur Erleichterung des Zugangs zu Beschäftigung, insbesondere für weibliche Migranten, bessere Anerkennung von im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen, Erhöhung der Bildungsanstrengungen, um die Zahl der migrantischen

Schulabbrecher und der MigrantInnen mit niedrigen Schul- und Ausbildungsabschlüssen zu senken, Verstärkung der frühkindlichen Bildung, Beseitigung von Barrieren, die den Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem erschweren.

Integration erfordert dabei sowohl die Bereitschaft der MigrantInnen sich zu integrieren als auch die Aufnahmebereitschaft der Aufnahmegesellschaft.

B. Verstärktes Handeln auf lokaler Ebene

Das Handeln auf lokaler Ebene soll verstärkt werden durch

- die Entwicklung und Umsetzung umfassender Integrationsstrategien,
- die Unterstützung „territorialer Pakte“ als Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten auf den verschiedenen Ebenen sowie
- die Einbeziehung regionaler Akteure in die Festlegung der Integrationsstrategien im Rahmen der EU-Programme.

C. Einbeziehung der Herkunftsländer

Bei den Integrationsbemühungen wird eine enge Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern angestrebt, insbesondere durch

- vorbereitende Maßnahmen zur Unterstützung der Integration in den Herkunftsländern vor der Abreise (u. a. soll noch in diesem Jahr das EU-Zuwanderungsportal mit Informationen über die jeweiligen Antragsverfahren frei geschaltet werden)
- Stärkung der Kontakte zwischen Diaspora-Gruppen und ihren Herkunftsländern, sowie
- verstärkte Nutzung der zirkulären Migration und Stärkung der Entwicklung in den Herkunftsländern, u. a. durch Mobilitätspartnerschaften.

Zur Erreichung der Ziele auf den drei Ebenen soll die Nutzung der unterschiedlichen EU-Finanzierungsinstrumente (Europäischer Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen, Europäischer Flüchtlingsfonds, ESF und EFRE) besser koordiniert werden.

Weitere Schritte:

Die Europäische Kommission will die Zusammenarbeit der nationalen und lokalen Akteure und Interessensgruppen in den drei Strängen MigrantInnen, Aufnahmegesellschaft und Herkunftsländer unterstützen. Dies soll u. a. durch das Europäische Integrationsforum, eine europäische Website für Integration und die Entwicklung eines flexiblen europäischen „Werkzeugkastens“ geschehen, aus dem die Behörden der Mitgliedstaaten die Maßnahmen auswählen können, die in der jeweiligen Situation den größten Erfolg versprechen.

Außerdem wird es ein Monitoring in vier integrationsrelevanten Bereichen geben: Beschäftigung, Bildung, soziale Integration und aktive Teilhabe der Bürger. Entsprechende Indikatoren sind entwickelt worden.

Eine zeitgleich zur Mitteilung vorgestellte Eurobarometer-Umfrage zeigt, dass sich EU-Bürger und MigrantInnen darin einig sind, dass eine erfolgreiche Integration vor allem von der Beherrschung der Landessprache, bezahlter Arbeit und dem Verständnis der regionalen Kultur abhängt.

Link zur Mitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110720/1_DE_ACT_part1_v3.pdf

Übersicht der Initiativen zur Unterstützung der Strategie (englisch):

http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/docs/110720/1_EN_autre_document_travail_service_part1_v5.pdf

Die Unterstützung über den EGF ist 2010 auf das Dreifache gestiegen

Laut eines am 22. August 2011 von der Europäischen Kommission verabschiedeten Berichts profitierten in 2010 ca. 23.700 Arbeitskräfte in 9 Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise und weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge entlassen worden waren, vom Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF). Die Förderung hat sich mit insgesamt 83,5 Mio. € gegenüber 2009 verdreifacht. Mit der Förderung soll den nationalen Behörden dabei geholfen werden, entlassene Arbeitskräfte durch unterstützende und qualifizierende Maßnahmen wieder in Arbeit zu bringen. Der EGF wurde Ende 2006 erstmals eingerichtet und ist für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ab 2014 erneut vorgesehen.

Der vollständige EGF-Bericht 2010 kann unter folgender Adresse abgerufen werden (englisch):

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=6942&langId=en>

Veranstaltung der Kommission zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“

Am 05. September 2011 hat in Brüssel auf Einladung der Generaldirektion Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Integration der Europäischen Kommission eine Veranstaltung zum **„Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012“** stattgefunden. Eingeladen waren VertreterInnen der deutschsprachigen Regionen (deutsche Länder, Österreich, Luxemburg) und des Bundes.

Die Kommission gab einen Überblick über den aktuellen Sachstand der Planungen für das Europäische Jahr 2012. Der offizielle Beschluss zum Europäischen Jahr wird in Kürze verabschiedet werden. Es wird ein Budget von 5 Mio. €, in der Regel für Veranstaltungen, zur Verfügung stehen, das über die Kommission gesteuert wird. Eine Aufteilung in nationale Teilbudgets wird nicht erfolgen.

Die thematischen Schwerpunkte des Europäischen Jahres werden in den Bereichen soziale Teilhabe und Ehrenamt, Beschäftigung sowie gesundes und unabhängiges Leben liegen.

Die Website zum Europäischen Jahr ist freigeschaltet und wird nach und nach erweitert. Eintragungen von Initiativen und Informationen erfolgen durch die Kommission in Absprache mit den nationalen Koordinatoren.

Als erste Termine für das Europäische Jahr 2012 sind auf europäischer Ebene geplant:

- 18./19. Januar 2012: Eröffnungskonferenz in Kopenhagen
- 19./20. September 2012: ministerielle Konferenz
- Dezember 2012: Abschlusskonferenz in Zypern.

Weitere Veranstaltungen könnten im Rahmen folgender Daten stattfinden:

- 07. April 2012: Weltgesundheitstag zum Thema „Gesundheit und Alterung“
- 29. April 2012: Europäischer Tag der Solidarität zwischen den Generationen
- 01. Oktober 2012: UN-Tag für ältere Menschen

Am 22. September 2011 findet ein Treffen der nationalen Koordinatoren der Mitgliedstaaten statt. **Mark Kamperhoff** (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) **ist nationaler Koordinator für Deutschland**. Es wird ein eigenes Budget für Deutschland geben, zu dessen Höhe Mark Kamperhoff aber noch keine Aussagen machen konnte. Die Mitgliedstaaten sollen jeweils einen Arbeitsplan für das Europäische Jahr vorlegen, welcher über die nationalen Koordinatoren gesteuert wird. Noch im September wird die nationale Geschäftsstelle einen bundesweiten Aufruf für Veranstaltungen und Projekte lancieren. Als Veranstaltungen sind bis jetzt eine Auftaktveranstaltung im Februar in Berlin und eine Abschlussveranstaltung im Dezember geplant.

Website Europäisches Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen:

<http://ec.europa.eu/social/ey2012.jsp?langId=de>

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

FP7 Monitoring-Report 2010

Die Europäische Kommission hat den vierten "FP7 Monitoring Report" zur Implementierung des 7. Forschungsrahmenprogramms im Zeitraum 2007-2010 veröffentlicht. Der Bericht enthält detaillierte statistische Übersichten zu Teilnehmerstruktur, eingereichten und geförderten Projekten (Datenstand März 2011) sowie Informationen zu Vereinfachungsmaßnahmen und besonderen Schwerpunkten des Rahmenprogramms.

Zu den im Berichtszeitraum erfassten 245 Ausschreibungen wurden 77.064 Anträge eingereicht. Bei 12.471 Anträgen, an denen insgesamt 69.370 Antragsteller beteiligt

waren, konnten Vertragsverhandlungen geführt werden. Dies ergibt eine durchschnittliche Erfolgsquote der Anträge von 21,1 %. Die Förderung durch die EU betrug insgesamt 20,4 Mrd. €.

Eine Neuerung gegenüber den Berichten der Vorjahre sind die Rankinglisten zur Teilnahme von Hochschuleinrichtungen, Forschungszentren, Unternehmen und Regionen. Die TOP 50-Liste der Hochschulen wird von der University of Cambridge, gefolgt vom Imperial College und der University of Oxford, angeführt. Deutsche Vertreter der ersten 50 Hochschulen sind das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) (Platz 8), die Universität Stuttgart (Platz 29), die TU Berlin (Platz 35), die TU Dresden und die RWTH Aachen (beide Platz 38) sowie die TU München (Platz 50).

Die TOP 20-Liste der FP7-Beteiligungen von Forschungszentren wird angeführt vom französischen 'Centre National de la Recherche Scientifique' (CNRS), dem an zweiter Stelle die Fraunhofer-Gesellschaft (FhG) folgt. Weitere deutsche Zentren unter den TOP 20 sind die Max Planck-Gesellschaft (MPG) (Platz 4) und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) auf Platz 9. Hierbei ist hervorzuheben, dass die FhG und MPG in der Studie nicht nur an zweiter bzw. vierter Stelle der europäischen Forschungszentren stehen, sondern diese Plätze im Ranking aller an FP7 teilnehmenden Organisationen und Regionen einnehmen.

Private Wirtschaftsunternehmen machen über 25 % der FP7-Teilnehmer aus und haben über 25 % der Fördermittel im Rahmenprogramm eingeworben. Unter den TOP 50 der Beteiligungen von Großunternehmen folgen hinter der spanischen Telefonica, an erster Stelle, die Siemens AG, direkt gefolgt von der SAP AG und EADS Deutschland. Zu den insgesamt 13 deutschen Unternehmen der TOP 50 gehören u. a. auch die Infineon AG, die Robert Bosch GmbH, die BASF und die Volkswagen AG.

Weitere Informationen (englisch):

http://ec.europa.eu/research/evaluations/index_en.cfm?pg=fp7-monitoring

Der Europäischer Forschungsrat (ERC) - Generalsekretär benannt

Ab dem 1. September 2011 hat der ERC einen neuen Generalsekretär. Professor Donald Bruce Dingwell studierte Geologie und Geophysik an der Memorial University of Newfoundland, Kanada. 1984 erwarb er den Ph.D. an der University of Alberta, Kanada. 1992 habilitierte sich Dingwell in Geochemie an der Universität Bayreuth und forschte dort am Bayerischen Geoinstitut von 1987 bis 2000. Seit dem Jahr 2000 ist er Inhaber des Lehrstuhls für Mineralogie und Petrologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Der Generalsekretär dient als Bindeglied zwischen dem Scientific Council des ERC und der Europäischen Kommission bzw. der Exekutivagentur. Prof. Donald B. Dingwell wird das Amt bis Dezember 2013 bekleiden.

Umwelt und Energie

Eine Bilanz - Was hat das sechste Umweltaktionsprogramm gebracht?

Die Europäische Kommission hat eine Bewertung des sechsten Umweltaktionsprogramms (6. UAP) vorgelegt.

Umweltaktionsprogramme gibt es seit den 70er Jahren. Mit ihnen werden die Leitlinien der EU-Umweltpolitik festgelegt. Das 6. UAP bildet den strategischen Rahmen für den Zeitraum von 2002-2012.

Die Kommission wies in ihrer Bewertung darauf hin, dass einige der im 6. UAP definierten Strategien den Anstoß für neue Maßnahmen gegeben haben. Zudem diene das 6. UAP Mitgliedstaaten und kommunalen Behörden als Bezugspunkt bei der Verteidigung von Umweltmaßnahmen gegenüber Forderungen aus Bereichen mit gegenläufigen Interessen. Zu den größten Erfolgen, die in diesen zehn Jahren im Umweltbereich erzielt wurden, zählen die Ausdehnung des Natura-2000-Netzes auf fast 18 % der EU-Festlandsfläche, die Einführung einer umfassenden Politik für Chemikalien und die Maßnahmen zum Klimaschutz.

Ein Beleg dafür, dass das 6. UAP in den vergangenen zehn Jahren der bestimmende Faktor für den Erlass von Umweltvorschriften war, konnte allerdings nicht erbracht werden. Inhaltlich sieht man insbesondere bei der Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum sowie bei der Verbesserung des Artenschutzes Nachholbedarf.

Auf der Grundlage des jetzt vorgelegten Zwischenberichts soll ein umfassender Dialog zwischen Kommission, Rat und Europäischen Parlament sowie mit Zivilgesellschaft und Wirtschaftsvertretern eingeleitet werden. Vor diesem Hintergrund wird die Kommission prüfen, wie ein neues Umweltaktionsprogramm der Umweltpolitik den größten Nutzen bringen kann.

Die deutschsprachige Fassung der Mitteilung „abschließende Bewertung des 6. Umweltaktionsprogramms“ ist folgender Seite zu entnehmen:

http://ec.europa.eu/environment/newprg/pdf/com_2011_531/de.pdf

Darüber hinausgehende Informationen finden Sie hier (englisch):

<http://ec.europa.eu/environment/newprg/final.htm>

SMART-CITIES-Initiative gestartet

Die Europäische Kommission hat ihre sogenannte Smart-Cities-Initiative gestartet.

Bei der Smart-Cities-Initiative handelt es sich um eine Initiative im Rahmen des „Strategischen Energietechnologieplans“ (SET-Plan). Mit einem Betrag von rund 75 Mio. € sollen zehn bis zwölf Pilotprojekte ausgewählter Städte und Kommunen unterschiedlicher Größenordnungen gefördert werden. Diese zur Kofinanzierung bereitgestellten Mittel sollen nach einer zweijährigen Zusammenarbeit Erfahrungswerte für eine Initiative im Nachfolgeprogramm des 7. Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“

liefern, aus der eine langfristige Förderung einer größeren Zahl von Städten hervorgehen könnte.

Bewerbungsschluss ist der **1. Dezember 2011**.

Weiterführende Informationen zur Smart-Cities-Initiative sowie zur Ausschreibung finden Sie hier (englisch):

http://ec.europa.eu/energy/technology/initiatives/20110621_smart_cities_conference_en.htm

Richtlinie über radioaktive Abfälle verabschiedet

Die europäische Richtlinie über die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle ist verabschiedet worden und wird im September in Kraft treten.

Für die Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle sind grundsätzlich die Mitgliedstaaten verantwortlich. Mit der jetzt verabschiedeten Richtlinie wird nun ein EU-Rahmen mit wichtigen Verpflichtungen für die Mitgliedstaaten geschaffen.

Die Richtlinie sieht Folgendes vor:

- die Mitgliedstaaten müssen nationale Programme erstellen und diese der Europäischen Kommission spätestens bis 2015 übermitteln. Diese nationalen Programme müssen konkrete Zeitpläne für den Bau der Endlager enthalten, außerdem eine Beschreibung der für die Umsetzung von Entsorgungskonzepten notwendigen Maßnahmen, Kostenabschätzungen und einen Abriss der Finanzierungsregelungen,
- die von der internationalen Atomenergieorganisation entwickelten Sicherheitsstandards werden rechtsverbindlich,
- ferner müssen die Mitgliedstaaten regelmäßig eine Überprüfung durch internationale Experten organisieren, die dem Austausch von Erfahrungen und der Gewährleistung der festgelegten Standards dient,
- Ausfuhren in Länder außerhalb der EU sind unter sehr strengen und obligatorischen Auflagen gestattet. In ihrem ursprünglichen Richtlinienvorschlag hatte sich die Kommission für ein vollständiges Ausfuhrverbot ausgesprochen.

14 der 27 Mitgliedstaaten verfügen über Kernreaktoren, bei denen abgebrannte Brennelemente entstehen, zudem fallen in allen EU-Mitgliedstaaten radioaktive Abfälle u. a. bei der Stromerzeugung sowie in Medizin, Forschung und Industrie an.

Weitere Informationen zu dieser Thematik finden Sie hier:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/11/906&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/energy/nuclear/waste_management/waste_management_en.htm
(englisch)

Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

Anhörung zum Europäischen Jugendportal

Die fraktionsübergreifende Intergruppe „Jugend“ im Europäischen Parlament wird am 20. September 2011, auf Initiative der grünen Europaabgeordneten Franziska Brantner, eine öffentliche Anhörung zum Thema „**Towards a Young European Social Network? – Revamping the European Youth Portal**„ (Auf dem Weg zu einem jungen Europäischen Sozialen Netzwerk – Überarbeitung des Europäischen Jugendportals) veranstalten. Da die Kommission plant, das Europäische Jugendportal (www.europa.eu/youth) – eine internetbasierte Informationsquelle für junge Menschen – zu überarbeiten, möchte die Intergruppe mit dieser Experten-Anhörung einen Input geben, wie das Portal anwenderfreundlich gestaltet und zu einer interaktiven und sicheren Plattform weiterentwickelt werden kann.

Weitere Informationen finden Sie hier (englisch):

<http://www.franziska-brantner.eu/wp-content/uploads/2011/06/Invitation.pdf>

Ausschuss der Regionen

OPEN DAYS 2011

Auch in diesem Jahr wird sich das Land Bremen an den OPEN DAYS beteiligen, einer Veranstaltungswoche, die vom 10. bis 13. Oktober 2011 vom Ausschuss der Regionen (AdR) und der Generaldirektion „Regionalpolitik“ der Europäischen Kommission gemeinsam mit Regionalvertretungen in **Brüssel** ausgerichtet wird. Den Regionen Europas wird die Möglichkeit gegeben, sich im Rahmen von Workshops und Seminaren zu ausgewählten Themen zu präsentieren.

Bremen hat gemeinsam mit den Regionen Niedersachsen, East of Scotland, Southern England, South Norway, Stavanger, Noord-Holland, Zuid-Holland, Haute-Normandie und North Denmark ein Konsortium mit dem Titel „Advanced Co-operation in the North Sea-English Channel Area“ gebildet und sich wie schon in den vergangenen zwei Jahren erfolgreich für eine Teilnahme an den OPEN DAYS 2011 beworben.

Am 11. Oktober 2011 werden diese Regionen ab 11 Uhr einen Workshop zum Thema "Super Grid - Smart Regions: Co-operation in the North Sea – English Channel area" durchführen. Mit Hilfe der Vernetzung bereits bestehender und neu zu errichtender Offshore-Windparks und anderen Formen erneuerbarer Energien soll in den nächsten 10 bis 20 Jahren ein Super-Grid im Nordseeraum entstehen, das auf Dauer zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung Europas beitragen soll. Im Rahmen des Workshops wird mit Experten diskutiert, welche Bedeutung diese Pläne für die Küstenanrainer haben, inwieweit die Küstenregionen an den Planungen beteiligt werden und welche Vor- und Nachteile mit einem solchen Super-Grid verbunden sein können.

Mehr Informationen zu den Open Days 2011 (Programm etc.) und Anmeldung für einzelne Veranstaltungen (englisch):

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2011/index.cfm

Darüber hinaus wird auch in **Bremen** voraussichtlich am 2. November 2011 eine Veranstaltung im Rahmen der LOCAL OPEN DAYS stattfinden. In dem Werkstattgespräch soll die Strategie EU2020 dargelegt und das Nationale Reformprogramm der Bundesrepublik Deutschland kritisch analysiert werden. Schließlich soll zur Diskussion gestellt werden, in welcher Weise die Politik des Senats zur Umsetzung von EU2020 beiträgt und welche Auswirkungen die Strategie auf Maßnahmen und Projekte in Bremen und Bremerhaven entfalten kann.

Hierzu werden VertreterInnen der einschlägigen Ressorts sowie der Europäische Kommission und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie miteinander diskutieren.

Eingeladen sind MitarbeiterInnen der Verwaltung, VertreterInnen der einschlägigen Träger im Rahmen der Strukturfonds sowie Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft.

Bremen und Europa

Abschied von Heide Swiecikowski

Mit großer Trauer nimmt die Europaabteilung der Bevollmächtigten beim Bund und für Europa Abschied von Heide Swiecikowski. Sie verstarb nach langer, schwerer Krankheit am 29. August 2011. Wir vermissen eine engagierte Kollegin, die wir in unserer langjährigen Zusammenarbeit, insbesondere als Leiterin des Europa-PunktBremen, sehr geschätzt haben.

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder -änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Pia Menning
Die Bevollmächtigte beim Bund und für Europa
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079
Fax: +49 421 496-14079
E-Mail: Pia.Menning@europa.bremen.de
Internet: www.europa.bremen.de

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Büro Brüssel		
Hélène Tabourot Büroleitung und Sekretariat	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Eva Berling Sachbearbeitung, Veranstaltungen	+32 2 282-0075	Berling@bremen.be
N.N. Inneres, Justiz, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Vertretung@bremen.be
Maike Frese Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Frese@Bremen.be
Rolf Diener Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Diener@bremen.be
Dr. Martina Hilger Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft, Kultur	+32 2 282-0073	Hilger@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	Ripke@Bremen.be
Torsten Raff Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Raff@Bremen.be
Büro Bremen		
Nicole Schraven Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	Nicole.Schraven@europa.bremen.de
Pia Menning (in Vertretung für Meike Pecat) Ausschuss der Regionen, EU-Informationen	+49 421 361-14079	Pia.Menning@europa.bremen.de
Hans-Joachim Schröder EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Dr. Katja Eichler Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- Fortbildung	+49 421-361-10841	Katja.Eichler@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interreg. Kooperation, Fördermittelberatung, Europa-PunktBremen	+49 421 361-8995	Horst.Seele@europa.bremen.de
Heide Swiecikowski † Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa-recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	office@europa.bremen.de
Claudia Elfers Konzeption der interregionalen Koop.beziehungen	+49 421 361-16882	Claudia.Elfers@europa.bremen.de